



NETZWERK
WISSENSCHAFT

Jan-Martin Wiarda

Corona: Gelegenheitsfenster für den Wissenschaftsjournalismus?

E-PAPER DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Hochwertiger Wissenschaftsjournalismus war womöglich nie zuvor so wichtig wie in Zeiten der Corona-Krise. Gleichzeitig macht gerade die aktuelle Situation deutlich, wie fragil die Strukturen des Wissenschaftsjournalismus sind: Seine wirtschaftlichen Grundlagen erodieren, viele Wissenschaftsjournalist_innen arbeiten unter

prekären Bedingungen. Der Beitrag diskutiert, welche Strukturen der Wissenschaftsjournalismus braucht, um seine zentrale Funktion für das Gemeinwesen dauerhaft ausüben zu können. Im besten Fall könnte die Corona-Krise so Gelegenheitsfenster für den Wissenschaftsjournalismus aufzeigen.

Ist Journalismus systemrelevant? In Sonntagsreden würden die allermeisten Politiker_innen sofort zu einem emphatischen „Ja“ anheben. Und in der Krise?

Es war Mitte März, eine Landesregierung nach der anderen verkündete die Schließung von Kitas und Schulen bis mindestens nach Ostern, um die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen. Die Eltern sollten die Kinder zu Hause betreuen, eine Notbetreuung werde es nur geben, wenn Vater und/oder Mutter als „betriebsnotwendiges Personal der kritischen Infrastruktur und der Grundversorgung“ eingestuft würden. Auf den Listen der systemrelevanten Berufe fehlten in vielen Bundesländern und Kommunen zunächst: die Journalist_innen.

Das war kein böser Wille. Nach Druck der Journalistenverbände stellten die Behörden schnell klar: Auch die Mitarbeiter_innen von Presse, Onlinemedien und Rundfunk können ihre Kinder in der Krise betreuen lassen. Doch offenbarte das Versäumnis eine unangenehme Wahrheit: Die Bedeutung, die Journalist_innen und freie Medien für eine freie Gesellschaft haben, fällt vielen erst nach einigem Nachdenken ein.

Was erklärt, warum die nun schon viele Jahre andauernde, teilweise existentielle Krise vieler Medien und journalistischer Geschäftsmodelle nicht längst zu einer landesweiten Debatte geführt hat, wie die „vierte Macht“ im Staat vor dem drohenden Totalverlust von Reichweite, Qualität und Einfluss bewahrt werden kann.

Doch so wie die Krise offenlegte, dass die Lage des Journalismus und der Journalist_innen sich im toten Winkel politischer Wahrnehmungskraft befindet, so zeigt sich in diesen Tagen noch etwas Zweites: die Unverzichtbarkeit journalistischer Berichterstattung, der unabhängigen Einordnung politischer Entscheidungen und ihrer empirischen Grundlage.

Dass Virologen wie der Charité-Wissenschaftler Christian Drosten zum Obererklärer der Krise geworden sind, dass bisweilen sogar ihre über Twitter verbreitete Meinung in Rekordtempo zu praktischer Politik wird, ist beeindruckend, zugleich aber auch ein wenig gefährlich. Wer, wenn nicht unabhängige Medien können

hier als Korrektiv agieren, als Kontrolle, als Steller unangenehmer Fragen? Der NDR-Podcast, in dem Drost seit der Krise täglich auftritt, liefert nur teilweise eine Beruhigung. So viele Verdienste das Format hat, handelt es sich hier um die Perspektive einer fachwissenschaftlichen Disziplin. Erhält das, was dort besprochen wird, aber auch die nötige Einordnung durch weitere Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft?

DAS DILEMMA DES WISSENSCHAFTSJOURNALISMUS

Womit wir speziell beim Wissenschaftsjournalismus angelangt wären – und der Erkenntnis, dass hochwertiger Wissenschaftsjournalismus womöglich nie zuvor so wichtig war wie im Augenblick. Wer vor Corona der Meinung war, er sei ein nettes Beiwerk politischer Berichterstattung, im Zweifel aber verzichtbar, wird jedenfalls zurzeit täglich eines Besseren belehrt.

Im Wissenschaftsjournalismus, so scheint es, verdichtet sich damit das Dilemma des Journalismus insgesamt aufs Dramatischste. Auf der einen Seite: Viele Redaktionen haben aus Kostendruck in den vergangenen Jahren die eigene, fundierte wissenschaftsjournalistische Berichterstattung eingedampft und setzen auf Agenturmaterial, das dann im Vermischten erscheint. Ein Trend, auf den die Klaus-Tschira-Stiftung 2015 mit der Gründung des „Science Media Center Germany“ reagierte, das Redaktionen bei der Berichterstattung zu Wissenschaftsthemen zur Seite steht.

Denn das ist die andere Seite: Während dem Wissenschaftsjournalismus die wirtschaftliche Grundlage erodiert, während feste Wissenschaftsredakteure von insgesamt schrumpfenden Medien als verzichtbare Mitarbeiter_innen eingestuft werden, erreichen die Fortschritte in der Forschung zur Künstlichen Intelligenz, zu neuen Kommunikationstechnologien oder zur Biotechnologie eine ungekannte Dynamik. Sie verändern den Alltag der Menschen, fordern grundlegende politische Weichenstellungen – und einen Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, der enger ist als je zuvor.

Leisten müssen ihn die Wissenschaftskommunikation, also die Forscher_innen selbst und ihre Institutionen. Vor allem aber, weil Wissenschaft zwangsläufig mit Eigeninteressen kommuniziert, sind Wissenschaftsjournalist_innen und ihre Expertise, einzuordnen, zu erklären und zu hinterfragen, für unsere Demokratie

von enormer Bedeutung. Übrigens auch, um Erwartungen an die Wissenschaft zu bremsen, die Möglichkeiten der Forschung aufzuzeigen, und, besonders in Zeiten womöglich überzogener Heilsfantasien, die Grenzen der wissenschaftlichen Erkenntnis.

Doch ist in den vergangenen Jahren eine Schieflage in der Wissenschaftskommunikation immer offensichtlicher geworden. Während die Forschungsinstitute ihre PR-Etats vervielfacht haben, während die Wissenschaftsmagazine und Nachrichten-Websites aus dem Hause Max Planck, Leibniz oder aus den großen Forschungsuniversitäten optische und redaktionelle Quantensprünge hingelegt haben, während die Wissenschaft, ganz so, wie die Politik es von ihr verlangt, immer mehr Pressemeldungen, Wissenschafts-Podcasts, Talks, Vorträge und Social-Media-Nachrichten in die Republik schickt – während also kurz gesagt die Flut der Wissenschaftskommunikation angeschwollen ist, schrumpft die Zahl der kompetenten, aber unabhängigen Vermittlungsexpert_innen, der Journalist_innen, die einerseits aus dieser Flut das Wesentliche herausfischen, andererseits aber auch auf das Unwesentliche, Übertriebene und Falsche hinweisen sollen.

Das Problem: Eindeutige Statistiken hierzu gibt es kaum. Ein 2018 erschienener Beitrag der Forschungszeitschrift „Journalistik“ gab die Zahl der hauptberuflichen freien Journalist_innen insgesamt mit 9.600 an – gegenüber 18.000 im Jahr 1993. Festangestellte Journalist_innen soll es laut Statista rund 36.000 geben – was eine noch vergleichbare Zahl zu früheren Jahren wäre. Doch sagt die Statistik auch nichts über die Verschiebung zwischen den Ressorts aus.

So wie früher entscheiden, was überhaupt den Weg in die Öffentlichkeit findet, können die Journalist_innen jedenfalls nicht mehr. Ihre sogenannte Gatekeeper-Funktion haben sie verloren in einer Zeit, in der jede Wissenschaftseinrichtung ihr eigenes Medienhaus geworden ist, in der Forscher wie der bereits erwähnte Christian Drost mehr Twitter-Follower haben als die renommiertesten Wissenschaftsjournalist_innen. Stattdessen sind die Stimmen von Journalist_innen und selbst einflussreicher Medienhäuser für den flüchtigen Zuhörer wenige unter vielen – warum sollte man ihnen besondere Aufmerksamkeit oder mehr Glauben schenken?

Und doch: Die Gesellschaft verlangt gerade in Zeiten von Fakenews und jetzt Corona nach der unabhängigen Kompetenz. Die Nutzerzahlen von Websites wie

der RiffReporter explodieren, in den Tageszeitungen, Magazinen und Onlinemedien sind es die Wissenschaftsjournalist_innen, die durch die Begriffswelt von Virologie und Epidemiologie führen und die dazu noch als Einzige in den Nachrichtenredaktionen in der Lage sind, die Botschaften aus dem Robert-Koch-Institut oder dem Gesundheitsministerium halbwegs bewerten zu können.

NEUE WIRTSCHAFTLICHE STRUKTUREN FÜR DEN WISSENSCHAFTSJOURNALISMUS?

Noch gibt es diese Wissenschaftsjournalist_innen, noch gibt es Medien, die sie beschäftigen, als Redakteure, als freie Mitarbeiter_innen. Aber wie lange noch? Es ist eine Frage, die sich schon länger, aber in der Coronakrise umso deutlicher stellt: Wie kann es gelingen, dem Journalismus und speziell dem Wissenschaftsjournalismus die wirtschaftliche Grundlage und Sicherheit zu geben, die er braucht, um seine zentrale Funktion fürs Gemeinwesen dauerhaft ausüben zu können?

Im Augenblick, und auch das gehört zu den Paradoxien der Krise, bricht dem Journalismus, der so sehr benötigt wird wie lange nicht mehr, angesichts der Schockstarre der Wirtschaft und rasant schrumpfender Anzeigenerlöse die Grundlage sogar noch schneller weg. Und in der Vergangenheit waren in solchen Situationen, siehe oben, in den Redaktionen am schnellsten die Stellen der „Expert_innen“, sprich: unter anderem der Wissenschaftsjournalist_innen, gefährdet.

Doch kann dieses Mal, indem der Kampf gegen das Virus die Bedeutung des Wissenschaftsjournalismus so beeindruckend vor Augen führt, ein neues Bewusstsein für seine Unverzichtbarkeit entstehen? Kann man es nutzen als Gelegenheitsfenster für neue Initiativen und Modelle, die den Wissenschaftsjournalismus in den 20er und 30er Jahren dieses Jahrhunderts aufblühen lassen?

Die Frage nach neuen Finanzierungsmodellen für den Journalismus im Zeitalter der Digitalisierung ist immer komplex, für den Wissenschaftsjournalismus ist sie sogar noch komplexer. Wenn Medienhäuser sich abseits von Einzelverkäufen, analogen oder digitalen Abonnements oder Anzeigenerlösen nach noch ungenutzten Einnahmequellen strecken, wenn freie Journalist_innen die immer schmalere Redaktionshonorare durch weitere Tätigkeiten aufzubes-

sern versuchen, sind die Graubereiche nie weit weg. Sollten sich seriöse Magazine zum Beispiel als Reiseveranstalter engagieren und ihre Wissenschaftsredakteure als Reiseleiter präsentieren? Sollten freie Wissenschaftsjournalist_innen Beratungsaufträge von Wissenschaftsorganisationen annehmen, womöglich sogar parallel zum journalistischen Schreiben auch PR-Aufträge für Forschungsinstitute erledigen?

Die einfache und richtige Antwort auf diese und weitere Fragen lautet zunächst einmal: ganz sicher nicht. Aber was, wenn die Alternative dann darin besteht, dass Medien ihre Redaktionen verkleinern, ihre Honorare für die „Freien“ zusammenstreichen und immer mehr Journalist_innen ihren Beruf vollends aufgeben?

LÖSUNGSANSATZ: EINE ZENTRALE FÖRDERINSTITUTION FÜR DEN WISSENSCHAFTSJOURNALISMUS?

So drängen sich differenzierter betrachtet zwei zu diskutierende Lösungsansätze auf.

Erstens: Die Akzeptanz der Realität. Die wirtschaftliche Lage des Wissenschaftsjournalismus mit seinem besonders hohen und weiter wachsenden Anteil an (teilweise prekär arbeitenden) Freiberuflern wird die Logik seiner Finanzierung zwangsläufig verändern. Wer dies anerkennt, sollte sich über die Kreativität freuen, mit der Journalist_innen bereits an Lösungen arbeiten. Der sollte keine davon von vornherein verurteilen, sehr wohl aber immer eines verlangen: Absolute Transparenz. Wenn Journalist_innen nebenher PR machen, dann müssen sie das offenlegen. Wenn eine Redaktion Teile ihrer Recherchen durch privatwirtschaftliche Stiftungen wie der von Bill und Melinda Gates finanzieren lässt, dann muss sie dies angeben (der Spiegel und andere tun es). Und wenn ein Wissenschaftsjournalist bei einer Wissenschaftseinrichtung ein halbes Jahr mit einem Stipendium „in Residence“ verbringt, ist das eine tolle Gelegenheit – und nichts, womit man hinter dem Berg halten muss.

Zweitens: Ohne zentrale Förderinstitution wird der Wissenschaftsjournalismus seine – nicht nur in Corona-Tagen – systemrelevante Funktion nicht mehr lange erfüllen können. Der Journalist Volker Stollorz, Leiter des Science Media Center, und Reinhard Hüttel, Chef des Geoforschungszentrums Potsdam, hatten diese seit Jahren kursierende Forderung zuletzt 2018

mit neuer Verve in der ZEIT präsentiert. „Eine solche Institution“, schrieben sie, „könnte nicht nur die Aus- und Weiterbildung von Journalisten aller Ressorts fördern. Sie diene auch als Experimentierraum für neue journalistische Formen.“ Eine mit „erheblichen Mitteln“ ausgestattete Stiftung für mehr Wissenschaft im Journalismus könnte so eine Förderung leisten. Ihre Gelder könnten aus der öffentlichen Forschungsförderung und aus privaten Mitteln kommen. „Natürlich“, schreiben Stollorz und Hüttl, „darf die Unabhängigkeit des Journalismus dabei nicht gefährdet werden. Da das aber auch bei der öffentlichen Förderung der Wissenschaft gelingt, indem diese eigenständig über die Verwendung der Mittel entscheidet, sollte so ein Modell auch für den Journalismus taugen.“

Der Verweis auf die Wissenschaftsförderung, vor allem durch die staatlich finanzierte, aber von der Wissenschaft selbst gesteuerte Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), ist wichtig und sollte die immer wieder geäußerten Vorbehalte, hier drohe eine Einschränkung der Pressefreiheit, widerlegen. Bislang sind es genau diese Vorbehalte, die Politiker_innen wie Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU), die sich für eine Stärkung der Wissenschafts-

kommunikation einsetzt, beim Wissenschaftsjournalismus so zurückhaltend sein lässt.

Viel wichtiger erscheint dagegen ein anderer Einwand, den die beiden Autoren nicht aufgreifen: Was, wenn andere Politikfelder genauso verfahren? Was, wenn wir demnächst jeweils staatlich finanzierte Stiftungen für Gesundheitsjournalismus, für Sozialjournalismus, für Kultur- oder eben Wissenschaftsjournalismus hätten? Würde sich am Ende jedes Bundesministerium seine eigene Journalismus-Stiftung einrichten? Zugespitzte Fragen, die es gründlich zu diskutieren gilt. Doch zugleich ist die Stiftungs-idee zu gut, zu vielversprechend, um sie einfach zur Seite zu wischen.

Viele meinen bereits zu wissen, dass die Republik nach Corona nicht mehr dieselbe sein werde. Dass unverrückbar geglaubte Gewissheiten und politische Strukturen sich auflösen. In solchen Sätzen steckt eine Menge Kaffeesatzleserei. Und doch: Wenn die außergewöhnliche Krise, die vor allem auch eine Bewährungsprobe der Wissenschaft und ihrer öffentlichen Vermittlung ist, neue Zukunftschancen für den Wissenschaftsjournalismus eröffnete, wäre das eine wunderbare historische Fußnote.

IMPRESSUM

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung 2020
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Abt. Studienförderung
Redaktion: Dr. Martin Pfafferott, Marion Stichler
Illustration auf Seite 1: © Johannes Beck
Gestaltung & Satz: minus Design, Berlin

DER AUTOR DIESER PUBLIKATION

Dr. Jan-Martin Wiarda war ZEIT-Redakteur und Kommunikationschef der Helmholtz-Gemeinschaft. Seit 2015 arbeitet er als freier Journalist (u.a. Der Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung), als Autor und Moderator. Er betreibt den Bildungs- und Wissenschaftsblog www.jmwiarda.de

DAS NETZWERK

Das Netzwerk Wissenschaft behandelt aktuelle wissenschafts- und hochschulpolitische Fragestellungen in Form von Konferenzen und Publikationen. Ziel der Aktivitäten ist es, zur Herstellung von Bildungsgerechtigkeit im Hochschulwesen, zur zukünftigen Gestaltung des deutschen Hochschulsystems und zum Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in fortschrittliche Politik beizutragen.

Unsere Publikationen können Sie per E-Mail nachbestellen bei: marion.stichler@fes.de

Digitale Versionen aller Publikationen:
<https://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/bildung>

KONTAKT UND FEEDBACK

Dr. Martin Pfafferott
Leiter Bildung und Wissenschaft
der Friedrich-Ebert-Stiftung
martin.pfafferott@fes.de



Besuchen Sie unseren Bildungsblog
www.fes.de/bildungsblog

Folgen Sie uns auch auf twitter.

